

»Die Waffe der Kritik kann allerdings die Kritik der Waffen nicht ersetzen, die materielle Gewalt muß gestürzt werden durch materielle Gewalt, allein auch die Theorie wird zur materiellen Gewalt, sobald sie die Massen ergreift.« (Karl Marx)

# WAFFENDERKRITIK

Marxistisches Flugblatt für Studierende und Beschäftigte an der Uni

Nr. 1 15. Mai 2012

## Kommt jetzt der Wandel?



Mit Francois Hollande ist nun ein Mitglied der sozialistischen Partei (PS) neuer französischer Präsident. Vorsichtig kritisierte er bereits im Wahlkampf den europäischen Fiskalpakt, der alle Regierungen zu Kürzungen zwingt. Er forderte, diesen um das Element Wachstum zu erweitern. In Wahrheit ist Hollande jedoch auch nur das zweite Eisen im Feuer der französischen Bourgeoisie. Als Reformier wird auch er an Grenzen stoßen, die allein durch Reformen nicht zu überwinden sind.

So versprach er die Schaffung von 150.000 neuen Stellen für Jugendliche und eine Erhöhung der Steuern für Millionär\*innen. Dies sind jedoch rein wahlkampfaktische Aussagen gewesen, um bei der ebenfalls reformistischen Linksfrente auf Stimmenfang zu gehen, da er auf der anderen Seite von Haushaltseinsparungen von 90 Milliarden Euro jährlich spricht. Dieser Widerspruch ist allein durch Sozialreformen nicht zu bewältigen. Diese können in der momentanen Krise nicht einmal mehr die Lebensstandards der Arbeitenden aufrechterhalten, da solche Reformen ihre Schranken im Interesse des Großkapitals finden.

Des Weiteren lobten Hollande und Sarkozy die Rolle der Gewerkschaftsbürokrat\*innen bei den Verhandlungen über Sozialkürzungen mit der damaligen Regierung und den Unternehmensvertreter\*innen. Tatsächlich ist der Einfluss der Gewerkschaften unter dem sozialpartnerschaftlichen Kommando der Gewerkschaftsbürokrat\*innen sehr begrenzt. Diese können sich nur für eine Anpassung der Löhne an die aktuelle Marktsituation einsetzen. In Krisenzeiten sind Lohnkürzungen aus der kapitalistischen Logik heraus nicht zu vermeiden. Um gegen diese unsoziale Politik zu kämpfen bedarf es einer klar revolutionären Partei.

Die Nouveau Parti Anticapitaliste (NPA) könnte solch eine Alternative sein. Doch während sie im Gründungsjahr 2009 noch 10.000 Mitglieder zählte, sind heute u. a. durch die verpasste Gelegenheit bei den Massenprotesten gegen die Erhöhung des Renteneintrittsalters im Jahr 2010 nur noch ein paar Tausend übrig geblieben. Die NPA war zwar aktiv daran beteiligt, konnte jedoch die Arbeitenden nicht von sich überzeugen. Die diffuse Programmatik, die irgendwo zwischen Reformismus und Revolution liegt, ist sicher eine Hauptursache dieser Krise. Das Ergebnis waren knapp 1,5% bei den Präsidentschaftswahlen.

Ganz anders sah es bei der rechtspopulistischen Front National und ihrer Kandidatin Marine Le Pen aus. Dies ist einerseits mit der Spaltung der konservativen Partei um Sarkozy zu erklären. Auf der anderen Seite spricht es für einen Vertrauensverlust verschiedenster gesellschaftlicher Schichten in die etablierten Parteien, die bis hin zur Linksfrente alle die gleichen Perspektiven boten. So blieb die FN scheinbar als einzige wirkliche Opposition übrig.

Die Schlussfolgerung aus dieser Entwicklung ist offensichtlich. Durch Reformismus und Parlamentarismus ist die kapitalistische Krise nicht zu überwinden. Nur eine breite Solidarisierung der Arbeiter\*innenklasse und eine damit verbundene revolutionäre Partei sind in der Lage die Probleme der heutigen Zeit zu lösen. Eine solche Partei kann aus der NPA hervorgehen. Die Tausenden von Aktivist\*innen dieser Partei dürfen angesichts dieser politischen Krise nicht der Resignation überlassen werden. Statt dessen muss die Lehre aus dem Scheitern eines nicht klar auf die revolutionäre Machteroberung ausgerichteten Programms gezogen und die Kräfte der NPA hinter einem neuen, revolutionären Programm gesammelt werden.

### Streiks bei der IG Metall

Seit Beginn des Monats finden bundesweit Warnstreiks in der Metallbranche statt – nach zwei Wochen bereits mit mehr als 600.000 Teilnehmer\*innen.

Die Beschäftigten fordern bei täglichen Demos und Kundgebungen unter anderem 6,5% mehr Lohn und die unbefristete Übernahme aller Ausgebildeten. Die Forderungen sind mehr als berechtigt, da die Gewerkschaft IG Metall im vergangenen Jahr einen „vernünftigen“ Kompromiss einging und aufgrund der Wirtschaftskrise komplett auf eine Lohnerhöhung verzichtete. Dabei fährt gerade die deutsche Metallindustrie immer noch Milliardengewinne ein, während gleichzeitig Arbeitsbedingungen verschlechtert werden – unter anderem durch die Ausweitung von Leiharbeit.

Eine der größten Einzeldemonstrationen am 7. Mai in Berlin-Spandau wurde auch von einer kleinen Delegation von RIO und unabhängigen Studierenden begleitet. Sie überbrachte den Kolleg\*innen von Siemens, Nokia, BMW und anderen Betrieben eine Solidaritätserklärung und betonte, dass die aktuellen Tarifausedingungen für alle Arbeiter\*innen in Deutschland und Europa von Bedeutung sind, denn sie zeigen, dass mit starken, geschlossenen Aktionen viel erreicht werden kann – vorausgesetzt die Gewerkschaftsbürokratie brems die Kämpfe nicht aus.

Einige Metall-Arbeiter\*innen fordern bereits die vollständige Abschaffung der Leiharbeit und Übernahme der Leiharbeiter\*innen. Damit gehen damit über die offiziellen Forderungen der Gewerkschaft hinaus. Solche Vorstöße sollten wir unterstützen, denn auch als Studierende haben wir ein Interesse daran, dass der zunehmenden Prekarisierung vieler Arbeitsbereiche mit Widerstand begegnet wird.

Herausgegeben von  
RIO und unabhängigen Studierenden

VSdP: R. Müller, Hamburg

WAFFENDERKRITIK.WORDPRESS.COM

# ABC des Marxismus

## B wie Bourgeoisie

Bourgeoisie ist der Name der herrschenden Klasse im Kapitalismus. Marxist\*innen bezeichnen die bürgerliche Gesellschaft als „Diktatur der Bourgeoisie“. Doch augenscheinlich leben wir heute im Parlamentarismus. Ist damit die Herrschaft der Bourgeoisie verhindert? Nein, denn die „Diktatur der Bourgeoisie“ ist als abstrakte Herrschaft zu denken, die sich in verschiedenen Formen äußert.

Zuerst einmal: Wer ist denn diese Bourgeoisie? Bourgeoisie heißt übersetzt Großbürger\*innentum und benennt die Klasse der Kapitalist\*innen. Das sind jene Menschen, die mit ihrem Wertbesitz als Kapital arbeiten,

das heißt Tauschwert über die Aneignung fremder Arbeitskraft vermehren.

Die politisch-ökonomischen Strukturen der heutigen bürgerlichen Gesellschaft – als voll entwickelter Warenwirtschaft – erheben sie als gesellschaftliche Träger\*innen dieser Kapitalakkumulation zur herrschenden Klasse. Alle Staatsgeschäfte, Eigentumsverhältnisse und Wirtschaftsgeschäfte dienen direkt oder indirekt den Verwertungsinteressen des Kapitals.

Zwei Dinge sind dabei im Besonderen zu beachten. Zum Einen herrscht die Bourgeoisie nicht in der persönlichen Form individueller Kapitalist\*innen. Die bürgerliche Gesellschaft

sichert die Herrschaft der Bourgeoisie als Klassenherrschaft. In besonderen Situationen ist sie zu diesem Zweck bereit, einzelne Bourgeois zu opfern. Zum Anderen übersetzt sich die Herrschaft der Bourgeoisie in verschiedene Staatsformen. Entsprechend der Kräfteverhältnisse zwischen den gesellschaftlichen Klassen können das in verschiedenen Ausformungen und Überschneidungen Parlamentarismus, Bonapartismus oder Faschismus sein. Trotz größerer oder kleinerer Unterschiede haben es all diese Staatsformen gemein, im Endeffekt die Eigentums- und damit Herrschaftsverhältnisse der Bourgeoisie zu sichern.



## Represión en el Estado Español

Im Spanischen Staat bewegt sich was. Am 29. März gingen Millionen Menschen im Zuge eines Generalstreiks auf die Straße. Am 12. Mai waren es 100.000, die am ersten Jahrestag der „Echte Demokratie Jetzt!“-Bewegung Plätze erneut zu besetzen versuchten.

Klar ist, dass die rechte Regierung von Mariano Rajoy, die gerade Milliarden an Ausgaben zu kürzen versucht, sowas nicht gern sieht. Gegen die aktuellen Sparmaßnahmen sowie die alltägliche Misere – die Jugendarbeitslosigkeit liegt schon über 50%! – sind Jugendliche und auch Arbeiter\*innen zunehmend bereit, mit radikalen Mitteln vorzugehen. Als Antwort starten die Zentral- und Regionalregierungen einen breiten Angriff auf die demokratischen Rechte. In den letzten Wochen wurden Hunderte Aktivist\*innen verhaftet und viele weitere verletzt, während Politiker\*innen eine Verschärfung der Gesetze fordern. Die „antisistema“ (Systemgegner\*innen) sollen mit härteren Strafen für Störung der öffentlichen Ordnung, „Präventivhaft“ bei Verdacht auf zukünftige Straftaten, und einer Aufstockung der Bereitschaftspolizei bekämpft werden – interessant, dass selbst in Sparzeiten immer genug Geld für den Polizeiapparat da ist!

Im Spanischen Staat läuft eine breite Kampagne gegen die Repression und für die Freilassung aller Gefangenen. Staatliche Repression soll Menschen einschüchtern, damit sie gar nicht erst auf die Idee kommen, für ihre Interessen auf die Straße zu gehen. Die Sparpakete in Europa gehen Hand in Hand mit einem Abbau demokratischer Rechte. Beide Phänomene, Kürzungen und Repression, können wir auch anfänglich in Deutschland beobachten. Deswegen sollten wir die Gefangenen im Spanischen Staat unterstützen, wenn wir für unsere eigenen Interessen eintreten wollen.

**WAFFENDERKRITIK** wird auf offenen Treffen erarbeitet. Zum Beispiel auf der Universität Potsdam: Jeden Montag, 16:00 Uhr, Raum 3.06.S16. ✉ [waffenderkritik@riseup.net](mailto:waffenderkritik@riseup.net)

## Aktionstage in Frankfurt!

16. bis 19. Mai gegen den deutschen Imperialismus

Die Spardiktate der von Angela Merkel angeführten Troika aus EU, IWF und EZB gegen die am schärfsten von der Krise betroffenen Länder Europas werden von der etablierten Presse als perspektivlos verkauft. Doch die Wahlen in Griechenland zeigen eine breite Opposition gegen diese *friss oder stirb*-Politik. Auch an anderen Orten in Europa gibt es Widerstand.

In Griechenland und im spanischen Staat gibt es Massenproteste gegen die Politik der Troika und der ihr hörigen Regierungen. Auch in Deutschland regt sich Protest gegen die Politik, mit der der deutsche Imperialismus seine Vorherrschaft über Europa zu behaupten versucht. Deshalb findet vom 16.-19. Mai in Frankfurt eine internationale Großmobilisierung gegen die Politik der Troika und vor allem auch Merkels Bundesregierung statt. Sie sollen den Frankfurter Stadtkern und das Bankenviertel mehrere Tage blockieren und am Samstag in einer Großdemonstration enden. Das Verbot der Proteste ist nur ein Grund mehr, um den Herrschenden an diesen Tagen die Stirn zu bieten. Nehmt an den Protesten teil! Gegen den deutschen Imperialismus und für internationale Solidarität mit den unterdrückten Massen in Griechenland, dem spanischen Staat und dem Rest Europas!

Antiimperialistische Politik innerhalb Deutschlands ist ein bedeutender Beitrag für eine Zukunft der ArbeiterInnenklasse und Jugend in Europa jenseits des krisengeschüttelten Kapitalismus. Die Mobilisierungen in Frankfurt sind ein erster Schritt. Doch der Kampf kann nicht mit lang vorbereiteten Mobilisierungen allein gewonnen werden. Dazu braucht es eine revolutionäre Partei, die die Massen für eine Strategie gewinnen kann, mit der Kapitalismus in Deutschland, Europa und weltweit überwunden wird.



**VERANSTALTUNG** mit Arbeiter\*innen eines seit 200 Tagen bestreikten Athener Stahlwerks. **17.5. , 19 Uhr, Berlin, Rosa-Luxemburg Stiftung (Münzenbergsaal), Franz-Mehring-Platz 1** (Nähe Ostbahnhof)

Herausgegeben von  
R10 und unabhängigen Studierenden

**WAFFENDERKRITIK.WORDPRESS.COM**

ViSdP: R. Müller, Hamburg